

Transsexuelle und Justitia

Immer mehr Verfahren zur Änderung der Geschlechtszugehörigkeit / Bis zu drei Gutachten notwendig

Von Frank Döring

Immer mehr Transsexuelle in Leipzig bemühen die Justiz: Beim Amtsgericht hat die Zahl der Anträge auf Namensänderung und Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in den letzten drei Jahren zugenommen. Dies geht aus Zahlen des sächsischen Justizministeriums hervor, die auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Sarah Buddeberg (Linke) veröffentlicht wurden.

So gingen im vergangenen Jahr 31 solcher Anträge ein, 2018 waren es gar 35, 2017 wurden 33 erfasst. Das ist durchaus ein merklicher Zuwachs verglichen mit den Jahren 2014 (24), 2015 (23) und 2016 (24). Von den jüngsten Verfahren aus dem vorigen Jahr sind nach Angaben des Justizministeriums noch drei anhängig. Die anderen sind bereits abgeschlossen, ebenso wie jene aus den Jahren davor.

Dabei gibt es erhebliche Unterschiede, wie lange diese Verfahren andauern. Im schnellsten Fall war die Sache nach gut zwei Monaten erledigt. Das längste Verfahren zog sich immerhin über zwei Jahre, drei Monate und 20 Tage – dies war allerdings Umständen geschuldet, die das Gericht nicht beeinflussen konnte, so das Ministerium. Im Durchschnitt dauerten Verfahren nach dem Transsexuellengesetz (TSG) zuletzt zwischen etwa sechs und 20 Monaten.

Ein Grund dafür: Zuständige Richter gaben bisweilen neben den gesetzlich vorgesehenen zwei Sachverständigengutachten ein drittes in Auftrag, wenn sich beispielsweise die Erstgutachter widersprachen. 2014 war das einmal der Fall, 2016 fünfmal, 2017 sechsmal. In den meisten Fällen wurde den Antragstellern aber Verfahrenskostenhilfe bewilligt. Immerhin kann ein solches Gut-



Kämpfen auch für die Rechte von Transsexuellen: Teilnehmer des Christopher Street Days, der in Leipzig jedes Jahr Tausende Menschen anzieht. FOTO: DIRK KNÖFE

achten laut dem Ministerium mehr als 1500 Euro kosten. Dritte Gutachten sind übrigens eine Leipziger Besonderheit. Die Amtsgerichte in Dresden und Chemnitz haben seit 2014 nie mehr als zwei Gutachten beauftragt.

Lobbygruppen wie etwa die Bundesvereinigung Trans halten ohnehin nichts von dieser Praxis. Eine gerichtlich beauftragte psychologische oder psychiatrische Begutachtung sei unsinnig, so die Interessenvertretung. Es sei „in der Wissenschaft längst Konsens, dass geschlechtliche Identität auf Selbsterklärung beruht und nicht von außen diagnostizierbar ist“.

Wie sensibel die Thematik für alle Beteiligten ist, zeigte eine Kontroverse vor drei Jahren: 2017 hatten die Grünen am Leipziger Amtsgericht in

den dritten Gutachten eine „rechts-widrige Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Geschlechts-identität“ gesehen und ein unver-

zügliches Einschreiten des Justizministeriums gefordert. „Pure Schikane unter dem Deckmantel der richterlichen Unabhängigkeit“, monier-

te Katja Meier, damals gleichstellungspolitische Sprecherin der Grünen in Landtag.

Doch sowohl Gerichtspräsident Michael Wolting als auch das Justizministerium hatten sich gegen diese Vorwürfe verwahrt. Es stehe einem Richter frei, mehr als zwei Gutachten anzufordern, um seine Entscheidung abzusichern. „Dem Amtsgericht Leipzig in dieser Form rechtswidrige Diskriminierung und ‚pure Schikane‘ vorzuwerfen, entbehrt nicht nur jeder Sachkenntnis“, konterte Wolting die Vorwürfe Meiers, „sondern offenbart mit dem Ruf nach einem ‚sofortigen Einschreiten‘ auch ein Denken, das die rechtsstaatliche Gewaltenteilung und die richterliche Unabhängigkeit grob missachtet.“ Justizkritikerin Meier ist inzwischen Sachsens Justizministerin.

Das Transsexuellengesetz

Das Transsexuellengesetz wurde 1980 verabschiedet und trat im darauffolgenden Jahr in Kraft. Darin geregelt sind die Anpassung des Vornamens an die empfundene Geschlechtszugehörigkeit und die Änderung des Geschlechtseintrages im Geburtsregister. Die Voraussetzungen für eine Namensän-

derung: „Die Vornamen einer Person sind auf ihren Antrag vom Gericht zu ändern, wenn sie sich auf Grund ihrer transsexuellen Prägung nicht mehr dem in ihrem Geburtseintrag angegebenen Geschlecht, sondern dem anderen Geschlecht als zugehörig empfindet und seit mindestens drei Jahren

unter dem Zwang steht, ihren Vorstellungen entsprechend zu leben und mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass sich ihr Zugehörigkeitsempfinden zum anderen Geschlecht nicht mehr ändern wird.“ Mehrere Parteien und Organisationen streben eine Reform des Gesetzes an.

Adam Bednarsky als Linken-Chef wiedergewählt

Neuer Vorstand wird die Partei in den Bundestagswahlkampf führen

Von Klaus Staeubert

Die Linke hat am Sonnabend einen neuen Vorstand gewählt. Dieser wird die Partei im kommenden Jahr in den Bundestagswahlkampf führen. Adam Bednarsky (40), der seit 2016 dem Stadtverband vorsteht, wurde mit großer Mehrheit für weitere zwei Jahre als Parteivorsitzender im Amt bestätigt. Auf den Politikwissenschaftler, der im Büro des Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann (43) arbeitet und der dem Leipziger Stadtrat angehört, entfielen bei neun Enthaltungen 173 Ja- und 39 Nein-Stimmen. Als seine Stellvertreter wählten die Mitglieder die 30-jährige Physikerin und Stadträtin Olga Naumov (168 Ja-, 38 Nein-Stimmen, 15 Enthaltungen) und den 29-Jährigen Johannes Schmidt, der in der IT-Branche arbeitet (174 Ja-, 31 Nein-Stimmen, 16 Enthaltungen).

Bednarsky bezeichnete das Ergebnis als einen „sehr erfreulichen Vertrauensbeweis“. Der neu gewählte Stadtverband, dem außerdem Lisa Metzinger, Almut Reimann, Clara Steckel, Cornelia Falken, Liliana Osorio de Rosen, Marianne Küng-Vilbrand, Lisa Umlauf, Christian Schäfer, Florian Männig, William Rambow, Mischa Kreuzer und Stephan Sander angehören, „verkörpert eine bunte Mischung aller Generationen und verfügt über viele neue Gesichter“, erklärte Bednarsky.

Ursprünglich sollte der Parteitag schon vor einem halben Jahr abgehalten werden. Er musste jedoch wegen der Corona-Pandemie verschoben werden. Der Kongress fand nun am Sonnabend im Felsenkeller in Lindenau unter besonderen Infektionsschutzvorkehrungen statt. So wurden nicht nur alle Parteitagsteilnehmer, sondern auch Gäste namentlich erfasst. Unter anderem konnten sich alle Personen im Tagungsraum nur mit Alltagsmaske bewegen, lediglich am Sitzplatz durfte diese abgenommen werden.

Der alte und neue Vorsitzende bereitete seine Partei, die mittlerweile wieder auf mehr als 1500 Mitglieder gewachsen und damit die mitgliederstärkste politische Organisation in Leipzig ist, auf schwere Zeiten vor. Die öffentlichen Haushalte würden in den kommenden Jahren durch die Pandemie unter großem Druck stehen. Dennoch wolle es die Linke nicht zulassen, „dass die Axt an soziale Errungenschaften gesetzt wird“. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wohnraum-Proteste betonte Bednarsky, dass die Linke „die Partei der Mieterinnen und Mieter“ sei. Die Linke lehne Spekulationen auf dem Wohnungsmarkt ab und werde denen „genau auf die Finger schauen, die mit Immobilien Geld verdienen“. Gleichwohl distanzierte sich der Linken-Chef von den gewaltsamen Protesten der vergangenen Wochen. „Gewalt ist für uns kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung“, hob Bednarsky hervor.

Resolution zum Tarifstreit

Zu den laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst verabschiedete der Parteitag eine Resolution. „Wir stehen an der Seite der Beschäftigten im öffentlichen Dienst“, erklärte die Initiatorin und Stadträtin Marianne Küng-Vilbrand. Sie hob das Pflegepersonal in den Krankenhäusern, das unter erhöhtem Infektionsrisiko die medizinische Ver-

sorgung während der Hochphase der Corona-Pandemie sichergestellt hat, ebenso hervor, wie „die Kolleginnen und Kollegen von der Müllabfuhr, die die Straßen sauber gehalten haben, oder die Beschäftigten in den Kindertagesstätten, die die Notbetreuung für diejenigen organisiert haben, die ihre Kinder nirgendwo anders hingeben konnten“. Küng-Vilbrand bezeichnete es als „unerträglich, dass sie alle über Monate als systemrelevant beklatscht wurden“ und ihre Lohnforderungen nunmehr als überzogen kritisiert würden. „Wir wollen, dass sie anständig bezahlt werden“, sagte sie. Notwendig sei darüber hinaus eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung um Verteilungsgerechtigkeit und um die Frage, „was uns öffentliche Daseinsvorsorge, was uns die Betreuung unserer Kinder, die Pflege in den Altenheimen und Krankenhäusern und die öffentliche Müllabfuhr wert ist“.

Pellmann tritt wieder an

Der nächste Kongress soll am 7. November stattfinden. Dann wollen die Linken ihre beiden Direktkandidaten für die Bundestagswahl im kommenden Jahr nominieren.

Ihre Kandidatur angekündigt haben am Sonnabend Sören Pellmann, der den Süd-Wahlkreis im Jahr 2017 erstmals für die Linke direkt gewonnen hat, und Elisa Gerbsch, die im Norden der Stadt antreten will.



Neu gewählter Parteivorstand: Vorsitzender Adam Bednarsky (r.), Stellvertreter Johannes Schmidt und Olga Naumov. FOTO: CHRISTIAN MODLA

ANZEIGE

RADIO PSR zahlt Ihre Rechnung

Jetzt auf **RADIOPSR.DE** anmelden und **Mo. - Fr. 7 und 17 Uhr** einschalten!

Spielzeitraum: 31. August 2020 bis voraussichtlich 6. November 2020. Weitere Informationen auf radiopsr.de